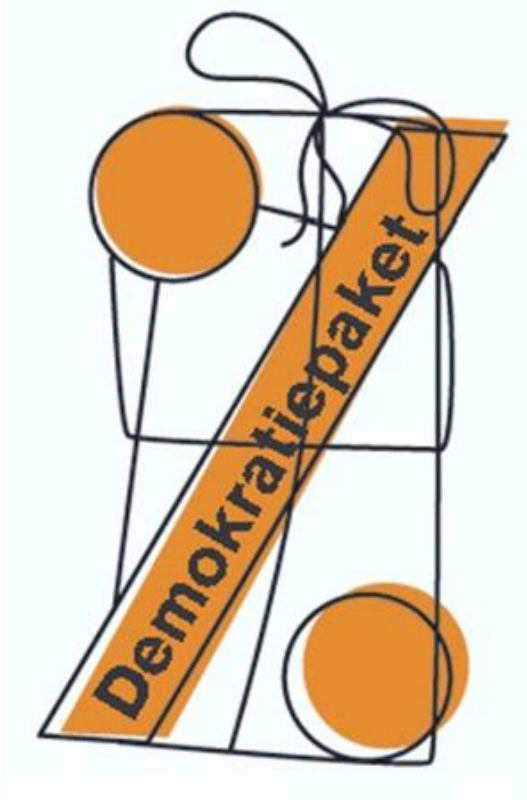
ZIVILGESELLSCHAFTLICHES DEMOKRATIEPAKET

FÜR EINE UMFASSENDE DEMOKRATISIERUNG ALLER GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHE



EDITION JUGEND

INFOPAKET, METHODENSAMMLUNG, DISKUSSIONSGRUNDLAGE

ZUM THEMA UMFASSENDE DEMOKRATISIERUNG

VON ATTAC ÖSTERREICH

attac Globalisierung braucht Gestaltung

finanziert mit Crowdfunding über

Respekt.net CROWDFUNDING FÜR EINE BESSERE GESELLSCHAFT

Ausgabe 1

INHALT

Vorwort 3

Methodische Anletung zur Handhabung des Demokratiepakets 3

Grundbegriffe der Demokratie 3

Inhaltliche Einleitung: Krise der Demokratie? 4

Demokratieverständnis: Ein Begriff, zwei Interpretationen 6

Umfassende Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen 9

- Gesicherte Existenz 10
- Bildung zur Demokratiefähigkeit / Demokratisierung der Bildung 10
- Demokratisierung der Wirtschaft und Arbeitswelt 11
- Demokratisierung der Agrarwirtschaft für Ernährungssouveränität 11
- Demokratisierte Medien 11
- Demokratisierung des Zugangs zu Information 12

Demokratisierung der Politik: Ein umfassendes Demokratiepaket für Österreich 12

Exkurs: Demokratisierung des öffentlichen Haushaltsbudgets 15

Aktiv werden! Methoden und Formate demokratischer Beteiligung 17

Schlusswort: Umfassende Demokratie zwischen Selbstorganisation und staatlicher Institutionalisierung 27

Linkliste 28

VORWORT

Demokratie endet nicht mit der Wahl! Demokratie lebt von politischer Beteiligung vor allem auch zwischen den Wahlen. Dazu braucht es aber auch Information, Methoden und Instrumente.

Die meisten Menschen würden "mehr Demokratie" befürworten - aber was bedeutet "Demokratie", wie (weit) kann Demokratie tatsächlich gelebt werden, welche Gesellschaftsbereiche sollen demokratisch (und mit welchen Methoden) organisiert werden?

Um Demokratie transparenter zu machen, einen Überblick über Demokratiebereiche, -formen und -instrumente zu geben sowie Lust auf konkrete, gelebte Demokratie zu machen, wurde dieses "zivilgesellschaftliche Demokratiepaket" erstellt.

Das Demokratiepaket ist kein fertiges Konzept von Demokratie - sondern informiert und stellt die relevanten Fragen für eine aktuelle demokratiepolitische Debatte. Infopaket, Methodensammlung und Instrumentenkoffer in einem! Zielgruppen sind: Jugendliche/Jugendorganisationen, PolitikerInnen sowie zivilgesellschaftliche Organisationen.

METHODISCHE ANLETUNG ZUR HANDHABUNG DES DEMOKRATIEPAKETS

Das zivilgesellschaftliche Demokratiepaket ist als dreistufiges Konzept aufgebaut:

1) diskutieren,

2) informieren,

3) aktiv werden!

Am Beginn jedes Kapitels werden Fragen aufgeworfen, die im ersten Schritt diskutiert werden sollen. Die anschließenden inhaltlichen Ausführungen geben die Möglichkeit sich zum jeweiligen Thema zu informieren. Am Ende des Demokratiepakets werden Möglichkeiten zur aktiven Beteiligung und Methoden zum Ausprobieren von demokratischen Prozessen vorgestellt.

GRUNDBEGRIFFE DER DEMOKRATIE

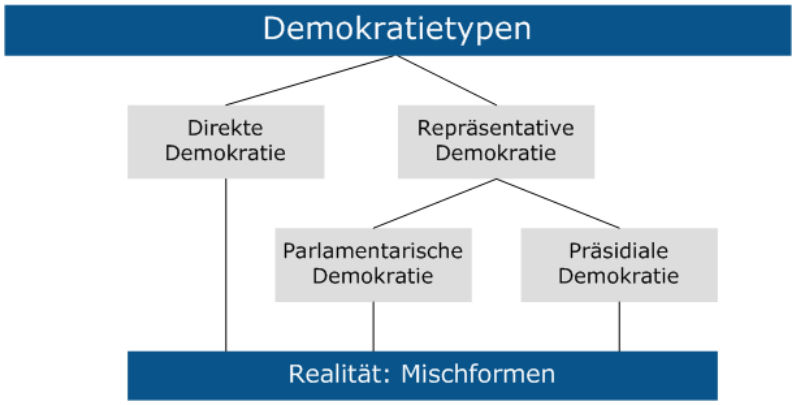
DISKUTIEREN

- Was verstehst du unter Demokratie?
- Von welchen Demokratietypen hast du schon gehört? Was unterscheidet diese voneinander?

INFORMIEREN

Die scheinbar einfache Frage "Was ist Demokratie?" lässt sich gar nicht so leicht beantworten. Das liegt zum einen daran, dass man bereits auf einer sehr grundlegenden Ebene zwei Konzeptionen unterscheiden kann (Identitäts- und Konkurrenztheorie der Demokratie), und zum anderen haben sich im Lauf der Geschichte verschiedene Demokratietypen herausgebildet. Das folgende Schaubild veranschaulicht die Einteilung in verschiedene Typen

(Quelle: dadalos – Internationaler UNESCO Bildungsserver für Demokratie-, Friedens- und Menschenrechtserziehung):



Der umfangreiche Wikipedia-Artikel zur Demokratie stellt einen guten Ausgangspunkt für die Beschäftigung mit dem Thema dar: „Demokratie (wörtlich: Herrschaft des Volkes) ist ein politisches System, bei dem das Volk eine wesentliche mitbestimmende Funktion einnimmt. Typische Merkmale einer Demokratie sind freie Wahlen, das Mehrheitsprinzip, die Respektierung politischer Opposition, Verfassungsmäßigkeit und Schutz der Grundrechte (bzw. nur den Staatsbürgern vorbehaltenen Bürgerrechten). Das Wort „Demokratie“ ist im antiken Griechenland entstanden und bedeutete dort die direkte Volksherrschaft. Der Begriff „Volk“ wurde in jener Zeit sehr eng gefasst, da mit diesem nur einer äußerst begrenzten Gruppe von Bürgern politische Partizipationsrechte eingeräumt wurden. So konnten in einer griechischen Polis nur freie Männer an Volksversammlungen teilnehmen.“ (Quelle: Wikipedia: Demokratie)

INHALTLICHE EINLEITUNG: KRISE DER DEMOKRATIE?

DISKUTIEREN

- Wie zufrieden bist du mit deinen Erfahrungen von Demokratie und demokratischen Prozessen?
- Was sind aus deiner Sicht die aktuell größten Herausforderungen der Demokratie?
- Wie könnte/sollte eine „ideale Demokratie“ funktionieren?

INFORMIEREN

Die Demokratie ist in der Krise! Während diese Botschaft 2004, als das bekannte Buch „Postdemokratie“ von Colin Crouch erschien, noch Schlagzeilenqualität hatte, ist sie gegenwärtig wesentlicher Bestandteil der Krisendiagnosen des Mainstreams. In repräsentativen Demokratien westlichen Zuschnitts nehmen die BürgerInnen zu einem immer geringeren Anteil an Wahlen teil. Auch die Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaften und Verbänden ist rückläufig. Der scheinbar freiwillige Verzicht der Bevölkerung auf Politik Einfluss zu nehmen, der unter den Schlagwörtern „**Politikverdrossenheit**“ und „**Demokratieunzufriedenheit**“ gehandelt und dem passiven vermeintlichen

Souverän – Volk – oft zum Vorwurf gemacht wird, wird durch die Einflussnahme ökonomischer Eliten ersetzt.

Dies geschieht zum einen auf direktem Wege. So bedienen sich globale Unternehmen ihrer **Lobbying-Kanäle** um direkt bei Parlamentsabgeordneten, die im Auftrag der Gesamtbevölkerung handeln sollten, ihre Anliegen durchzusetzen.

Auch **Korruption**, die in den letzten Jahren nicht nur in Österreich in die Schlagzeilen gekommen ist, spielt hierbei eine zentrale Rolle. Oft ist diese direkte und oft illegale Einflussnahme aber gar nicht notwendig, da sich der Spielraum der demokratisch legitimierten VolksvertreterInnen immer weiter einschränkt. Die Logik der Märkte diktiert die Politik. Zum Beispiel wird argumentiert, die Besteuerung von Vermögen sei nicht möglich, da sonst Unternehmen das Land verlassen und nach ertragreicheren Steuergefilden suchen würden. Gleiches gilt für die Verbesserung der Arbeitsstandards für Lohnabhängige. Da im sogenannten Standortwettbewerb nur jene Staaten mit den geringsten Sozial- und Umweltstandards und den geringsten steuerlichen Belastungen für Unternehmen gewinnen, fallen auch die Steuereinnahmen entsprechend mager aus. So muss der Sozialstaat zusammengespart werden, was aus unternehmerischer Sicht die erfreuliche Nebenwirkung hat, dass Lohnabhängige in Angst um ihren noch so prekären und schlecht bezahlten Arbeitsplatz fleißiger und disziplinierter arbeiten. Da sich also die politischen Handlungsspielräume der staatlichen Institutionen verringern und die verschiedenen Parteien trotz ihrer ideologisch diversen Hintergründe stets ähnliche oder gleiche Politiken umsetzen, verkommen demokratische Institutionen zu leeren Fassaden der Demokratie (vgl. Crouch 2004).

Trotzdem dieses Phänomen 2004 noch Schlagzeilencharakter hatte, ist die **Kritik an der repräsentativen Demokratie** viel älter. Nach Crouch gab es in den 1960er und 70er Jahren in Westeuropa und den USA die ideale liberale Demokratie. In diesem Zeitraum war die Wahlbeteiligung hoch, der Organisationsgrad von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden deckte weite Teile der Bevölkerung ab und der Sozialstaat stellte durch Ressourcenumverteilung eine ausreichende Grundlage für Partizipation für alle zur Verfügung. Gerade in dieser Zeit kritisierte aber z.B. Johannes Agnoli die erdrückende Wirkung von Parteien und Verbänden (Agnoli 2004/1967). Obgleich viele Leute darin organisiert waren, partizipierten sie nicht. Die Organisationen waren hierarchisch aufgebaut und wurden von der politischen Elite gelenkt. Auch die hohe Wahlbeteiligung war nur Ausdruck von Routine, Tradition und sozialer Zugehörigkeit, was sich im geringen Wahlwechsel zwischen Parteien ausdrückte. BürgerInnen wählten milieuspezifisch ihr Leben lang dieselbe Partei. Die Parteienlandschaften konzentrierten sich auf zwei Großparteien links und rechts der Mitte. Kleinparteien existierten kaum. Auch zu dieser Zeit waren politische und wirtschaftliche Eliten eng miteinander verwoben. Kapitalinteressen dominierten die Politik.

Wann gab es also eine **ideale repräsentative Demokratie**? Es gab sie niemals! Dies ist auf einen grundlegenden Widerspruch zwischen dem ursprünglichen Gedanken der Demokratie von Gleichheit und Freiheit zurückzuführen. Innerhalb der kapitalistischen Systemlogik wird die Gleichheit vergessen

und die Freiheit wird mit der Uneingeschränktheit der Märkte gleichgesetzt. Freiheit bedeutet hier ungehinderte Konkurrenz und Kapitalakkumulation. Dies läuft letztlich auf die Freiheit einer kleinen, ressourcenstarken Elite hinaus Profitmaximierung zu betreiben und dafür die Arbeitskraft der lohnabhängigen Mehrheit auszunutzen. Während Demokratie im ursprünglichen Sinne des griechischen Wortes die Herrschaft des Volkes über sich selbst bedeutet, ist aus dieser Idee ein hierarchisches Herrschaftssystem erwachsen. Die Idee von Freiheit und Gleichheit ist zwar immer noch im heutigen Terminus enthalten, dient aber – mehr Schein als Sein – der Legitimation einer politischen Ordnung, in der Entscheidungen von wenigen (staatliche Regierungen) im Sinne der noch wenigeren (Wirtschaftseliten) getroffen werden. Bei der aktuellen Krise der Demokratie handelt es sich also nicht um ein neues Phänomen, sondern um eine Krisenhaftigkeit, die aktuell stärker denn je sichtbar wird, aber in den Grundstrukturen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung von Anfang an angelegt war.

Wie kann man nun mit dieser Problematik umgehen? **Welche Alternativen gibt es?** Wie kann Demokratie so gestaltet werden, dass der Imperativ der Gleichheit einen gleichrangigen Platz neben der Freiheit einnimmt? In einem offenen, breiten, zivilgesellschaftlichen Diskussionsprozess haben wir versucht Antworten auf diese Fragen zu finden. In diesem umfassenden, zivilgesellschaftlichen Demokratiepaket wollen wir diese Ideen festhalten, wohl wissend, dass dies niemals der Weisheit letzter Schluss sein kann. Demokratie kann nicht entworfen und in einer Blaupause festgeschrieben werden. Demokratie ist ein ständiger Prozess des Entstehens und Umsetzens neuer Ideen und neuer Entscheidungsformate. Sie ist im ständigen Fluss. Demokratie wird nicht nur vom Staat organisiert, sondern kann überall in allen gesellschaftlichen Bereichen gedacht und praktiziert werden und zu demokratischer Erneuerung führen. Wir vertrauen auf diesen ständigen Fluss demokratischer Transformation und arbeiten daran diesen Prozess mitzugestalten.

DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS: EIN BEGRIFF, ZWEI INTERPRETATIONEN

DISKUTIEREN

- Was weißt du über die geschichtliche Entwicklung von Demokratie?
- Wie würdest du direkt-partizipative Demokratie von repräsentativer Demokratie unterscheiden?
- Welche Erfahrungen hast du mit Basisdemokratie?

INFORMIEREN

Um unser Demokratiepaket zu schnüren muss erst unser Demokratiebegriff geklärt werden. Dies dient auch der Verortung unserer Ideen im ideengeschichtlichen Kontext der Demokratietheorien. Betrachtet

man die Ideengeschichte der westlichen Demokratie aus einer Makroperspektive, so zeichnen sich **zwei divergente Demokratieverständnisse** ab. Während die einen unter Demokratie die direkte Volksherrschaft aller BürgerInnen über sich selbst verstehen und politische Entscheidungsmacht des Souveräns Volk niemals auf einzelne übertragen werden kann, definieren andere Demokratie als jenes Herrschaftssystem, in dem das Volk seine Entscheidungsmacht an freie Abgeordnete überträgt und so nur indirekt herrscht, wobei Wahlen den zentralen Kontrollmechanismus des Volkes darstellen.

Obgleich es auch außerhalb Griechenlands und bereits vor der attischen Demokratie in anderen Kulturen demokratische Praktiken gab, wird der Beginn der Geschichte der Demokratie meist im 5. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung in Athen verortet, wohl auch deshalb, weil der Begriff der Demokratie auf diese Zeit zurück geht. Demokratie entstand als ein System direkter, unmittelbarer Herrschaft des Volkes über sich selbst. Während zwar ein Großteil der Menschen – alle Frauen, Kinder, SklavInnen (Verschuldete) und MigrantInnen – von der demokratischen Selbstverwaltung der Polis (griechische Stadt-Staat) ausgeschlossen waren, bestand die theoretische Konzeption der Demokratie darin, dass alle Mitglieder des Demos (Volk) die Gemeinschaft betreffenden Angelegenheiten gleichberechtigt gestalten. Politische Entscheidungen wurden gemeinschaftlich auf der Agora – dem Hauptplatz – getroffen. Der Volkswille wurde durch Mehrheitsentscheid ausgedrückt, dem gingen aber Reden und Diskussionen voraus. Politik wurde selbst gemacht. Demokratie war ein diskursiver und partizipativer Prozess. Den Beteiligten kam eine finanzielle Entschädigung für den Verlust an Arbeitszeit zugute, was die Partizipation aller Gesellschaftsschichten sicherstellen sollte.

Ein wesentliches Charakteristikum der griechischen Polis bestand in der **Dezentralität**, also der überschaubaren Größe der politischen Einheiten, in denen Entscheidungen getroffen wurden. Die Herrschaftslogik, die sich in der Folge jedoch durchsetzte, beruhte auf Größenwahn – im wahrsten Sinne des Wortes. Das Zeitalter der Imperien, der Plünder- und Eroberungszüge und der Unterjochung anderer Bevölkerungen war angebrochen. Durch die Größe der Imperien war direkte Demokratie nicht praktikabel. Im Römischen Reich verlagerte sich die demokratische Praxis weg von direkter Entscheidungsfindung hin zur Wahl von Magistraten.

Auch im Mittelalter bestanden demokratische Praktiken fort. Diese gerieten ob der Wirren nach der Völkerwanderung, der Herausbildung neuer Staaten und Nationen, Kriegen und Epedemien zwar in den Hintergrund, trotzdem ging der Gedanke der Demokratie nicht zur Gänze verloren. Hier standen repräsentative Demokratieformen, wie die Wahl von KönigInnen und KaiserInnen, neben der direkten Beteiligung in den entstehenden Städten. Der **Marktplatz** wurde zur politischen Öffentlichkeit, der gewisse Charakteristika der griechischen Agora weiterführte. Hier entstand auch das Delegationsprinzip. Zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber dem Adel entstanden Zünfte und Innungen als Zusammenschlüsse von HandwerkerInnen und Kaufleuten.

Da die Versammlungen von Zünften der diversen Fachrichtungen nicht die Teilnahme aller Mitglieder ermöglichten, wurden einzelne Mitglieder in die Versammlung entsandt und mit bestimmten Inhalten und Entscheidungen betraut. Hierbei wurde nicht die Entscheidungsmacht übertragen, sondern der Inhalt der Entscheidung, den es in der Versammlung zu vertreten und zu verhandeln galt. Diese Praktik wurde später in den Konzeptionen sozialistischer Rätesysteme und späterer basisdemokratischer Ideen übernommen. Ebenfalls bereits im Mittelalter entsandten direktdemokratische Praktiken in der Schweiz, wo in kleinen Marktgemeinden ähnlich wie auf der Agora diskutiert und abgestimmt wurde.

Bis ins Mittelalter waren der Begriff und die Praxis der Demokratie also von **direkten, partizipativen Verfahren** geprägt. Die Personenwahl war die Ausnahme. Langsam bildeten sich aber vor allem in England parlamentarische Strukturen heraus. Da die Verbände der HandwerkerInnen, vor allem aber jene der Kaufleute durch ihren gestiegenen Wohlstand immer einflussreicher wurden, wurden sie auch von Seiten des Adels immer mehr in politische Entscheidungen eingebunden. Die Monarchien passten sich den entstehenden frühkapitalistischen Strukturen an. Die Kaufleute, die durch die Internationalisierung des Handels („Zeitalter der Entdeckungen“) immer mehr Kapital akkumulieren konnten, forderten immer selbstbewusster Mitbestimmung in der Politik ein, da sie schließlich einen Großteil des Steuereinkommens abgaben. Der Adel war immer mehr auf diese Steuereinnahmen angewiesen. Die Versammlungen der Innungen wurden so in den politischen Entscheidungsprozess miteinbezogen. Die Versammlung der Adeligen traf so mit den Versammlungen der Kaufleute und des „gemeinen Volks“ zusammen. In England entstand ein Zweikammern-Parlament mit einem adeligen Oberhaus („House of Lords“) und einem „gewöhnlichen“ („House of Commons“) Unterhaus.

Der entscheidende Schritt hin zur **repräsentativen Demokratie** gelang den britisch-stämmigen US-Amerikanern. In der Debatte, aus der die Verfassung von 1789 hervorging, standen sich noch einmal das direktdemokratische Lager der DemokratInnen und das repräsentativ demokratische Lager der RepublikanerInnen gegenüber. Die DemokratInnen hatten direktdemokratische Praktiken in den Town Hall Meetings fortgeführt. Die Vergabe von Ämtern war von Rotation bestimmt. Demokratie wurde in dezentralen Einheiten gelebt. Die Idee, welche die Verfassungsdebatte aber dominierte, bestand darin, einen großflächigen Staat – eine Supermacht – zu schaffen. Die RepublikanerInnen setzten sich durch. Von nun an war das Verständnis von Demokratie vom Repräsentationsgedanken geprägt. Demokratie und Wahlen wurden gleichgesetzt.

Direktdemokratische Ideen wurden in der Folge vor allem in sozialen Bewegungen entwickelt und in alternativen gesellschaftlichen Kreisen gelebt. Die sozialistische Rätebewegung am Anfang des 20. Jahrhunderts versuchte direkte Demokratie auch für Staaten praktikabel zu machen. **Basisdemokratische Ideen** der 1968er-Studierendenbewegung setzten unmittelbare Entscheidungsfindung in kleinen Gruppen um. Während die Idee der repräsentativen Demokratie hegemonial blieb, wurde demokratische Innovation durch Selbstverwaltung und Selbstorganisation von

Graswurzelbewegungen vorangetrieben. Hier verorten auch wir uns mit unserem zivilgesellschaftlichen Demokratiepaket, das in einem sozial bewegten Prozess entstanden ist. Gerade in Zeiten, in denen die Krise der Demokratie evident geworden und die Bruchlinien zwischen Demokratie und Kapitalismus offensichtlich geworden sind, braucht es Alternativen, die umfassende Demokratie verwirklichen.

UMFASSENDE DEMOKRATISIERUNG IN ALLEN GESELLSCHAFTLICHEN BEREICHEN

DISKUTIEREN

- Hast du außer bei Wahlen (falls zutreffend) noch weitere Erfahrungen mit demokratischen Beteiligungsprozessen gemacht? Wie waren diese Erfahrungen?
- In welchen gesellschaftlichen Bereichen ist „umfassende Demokratisierung“ vorstellbar? Welche Voraussetzungen bräuchte es dafür?
- Wie könnte in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen „umfassende Demokratisierung“ in die Praxis umgesetzt werden?

INFORMIEREN

Während sich heute ein Verständnis von Demokratie als Wahlakt durchgesetzt hat, muss Demokratie als Prozess gedacht werden! **Demokratie ist jener diskursive Prozess der gemeinschaftlichen Entscheidungsfindung, bei dem alle von der entsprechenden Entscheidung Betroffenen den gleichen Zugang zu diesem Prozess und die gleichen Beteiligungschancen haben** sollten. Beteiligungsrechte werden dabei nicht oberflächlich und formal verstanden. Es braucht mehr als ein Dokument, das Gleichberechtigung festhält. Es braucht die Umverteilung von Ressourcen, gesellschaftliche Anerkennung und damit reale Partizipationsmöglichkeiten. Dieser demokratische Prozess, der sich durch einen kontinuierlichen Dialog und nicht durch einen Abstimmungsmoment auszeichnet, muss in allen gesellschaftlich relevanten Lebensbereichen stattfinden.

Umfassende Demokratisierung betrifft Bildung, Wirtschaft, Agrarwirtschaft, Medien und Zugang zu Informationen. Die Demokratisierung dieser diversen gesellschaftlichen Bereiche ist Voraussetzung für die Demokratisierung politischer Institutionen selbst. Erst wenn Demokratie im Bildungssystem gelernt, in der Wirtschaft praktiziert und von den Medien verbreitet wird, ist echte Demokratie auch in den politischen Institutionen umsetzbar.

Im Folgenden wird zuerst die Demokratisierung in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen dargestellt und im Anschluss folgen Vorschläge für mehr Demokratie in den politischen Institutionen Österreichs.

GESICHERTE EXISTENZ

Nur auf Basis gesicherter Existenz sowie des gleichen Zugangs zu Bildung, Wohnraum, Gesundheit und sozialer Sicherheit können Partizipationsrechte überhaupt genutzt werden. Die Umverteilung gesamtgesellschaftlicher Ressourcen und öffentlicher Dienstleistungen bilden daher den Grundstein ernstgemeinter Demokratisierung. Daher setzen wir uns für Steuergerechtigkeit, den Erhalt und Ausbau des Sozialstaates und Umverteilung von Einkommen und Vermögen von oben nach unten ein. Die zentralen Forderungen von Attac zielen seit jeher genau auf diesen Aspekt ab. Die Finanztransaktionssteuer aber auch andere, weitgehende Vermögenssteuern sollen die Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung für alle sichern. Die wichtigste dahingehende Forderung besteht aber im Bedingungslosen Grundeinkommen. Mit dem Bedingungslosen Grundeinkommen ist nicht nur die Existenz, sondern auch demokratische Teilhabe gesichert. So kann sich jede/r selbst aussuchen, womit er/sie seine Zeit verbringt. Um Politikverdrossenheit entgegenzuwirken braucht es nicht unterhaltsamere Politikvermittlung (Infotainment) oder die disziplinierende Mahnung zur Partizipation, sondern Zeit und Bildungsressourcen!

BILDUNG ZUR DEMOKRATIEFÄHIGKEIT / DEMOKRATISIERUNG DER BILDUNG

Demokratie im Bildungssystem wird gegenwärtig als Wahl von Klassen- und SchulsprecherInnen oder in den Wahlen zu Hochschulkammern (ÖH-Wahlen) umgesetzt. Wenn man Demokratie aber nicht als Wahlakt, sondern als dialogischen Prozess versteht, ergeben sich neue Partizipationsformen für Kindergärten, Schulen und Universitäten. Bildungseinrichtungen müssen von den Betroffenen – also von SchülerInnen, Studierenden, Lehrenden, dem administrativen Personal und den Eltern – gestaltet werden. Hierzu muss politische Entscheidungsmacht in die Bildungseinrichtungen transferiert werden und in den Einrichtungen müssen sich demokratische Versammlungen bilden. SchülerInnen ist es zuzutrauen über die Ausstattung der Schulen, die Verteilung des Budgets und weitere Bereiche ihrer Bildung mitzubestimmen. Sie sollen mitreden wenn es darum geht wie Leistung gemessen und beurteilt wird. Wenn die Anforderung an verantwortliche Entscheidungsfindung gestellt wird, wird diese Verantwortung auch wachsen. Dafür braucht es aber auch Bildung zur Demokratiefähigkeit. Demokratische kommunikative Auseinandersetzungen, gewaltfreie Kommunikation sowie das Miteinbeziehen der Bedürfnisse anderer muss reflektiert und geübt werden. Bildungseinrichtungen sollen keine Orte des Auswendiglernens von Faktenwissen sein, sondern sollen Fähigkeiten und vor allem kritische Reflexionsgabe vermitteln. In der Demokratie geht es vor allem darum, unabhängig eine eigene Meinung zu bilden, aber auch stets die eigenen Bedürfnisse gegenüber jenen der Gesamtgesellschaft abwägen zu können.

DEMOKRATISIERUNG DER WIRTSCHAFT UND ARBEITSWELT

Das gegenwärtige Verständnis von Demokratie im Mainstream ist von einer Teilung von Politik und Wirtschaft geprägt. Beide Bereiche werden jeweils als eigene Handlungsräume konzipiert. Damit wird die Wirtschaft aber demokratischer Mitbestimmung entzogen. Politik und Wirtschaft müssen also zusammengedacht werden. Arbeitsverhältnisse sind politisch! Wirtschaftsdemokratie ist sowohl auf der Mikroebene am Arbeitsplatz also auch in der makroökonomischen Volkswirtschaft angesiedelt. Erwerbstätige sollen ihren Arbeitsplatz selbst gestalten und Arbeitsweise sowie Arbeitszeit selbst festlegen können. Auch die Verteilung der Gehälter aus den Erträgen und die betrieblichen Investitionen sollen von den Erwerbstätigen bestimmt werden. Doch die Einflüsse produktiver Tätigkeit betreffen nicht nur die Arbeitenden selbst, die gesamte Volkswirtschaft ist davon betroffen. Daher müssen auch gesamtwirtschaftliche Ziele von Arbeitenden und Konsumierenden gemeinsam gestaltet werden. In der Vergangenheit wurden viele Formen wirtschaftsdemokratischer Selbstbestimmung hervorgebracht: ArbeiterInnenräte, Gewerkschaften, Genossenschaften, selbstverwaltete Betriebe, Formen solidarischer Ökonomie und Commons bilden ein facettenreiches Spektrum an wirtschaftsdemokratischen Spielräumen ab.

DEMOKRATISIERUNG DER AGRARWIRTSCHAFT FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Einen besonders wichtigen Wirtschaftssektor, der der Demokratisierung bedarf, stellt die Landwirtschaft dar. Hier wir das produziert, was wir täglich konsumieren und was unsere unmittelbare Lebensgrundlage darstellt. Gesundes, biologisches Essen ist im Interesse aller Menschen, aber nicht aller Konzerne und entspricht nur bedingt der marktwirtschaftlichen Logik, die auf Verknappung und Verteuerung beruht. Es wird zu viel unter schlechten Bedingungen produziert und viele Nahrungsmittel werden weggeworfen. Daher bedarf es der Demokratisierung der Lebensmittelproduktion und eines sorgsamen Umgangs mit Lebensmitteln. Ernährungssouveränität erfordert eine umfassende politische und ökonomische Demokratisierung, die in Solidarischer Ökonomie und in den Alltags- und Lebensverhältnissen der Menschen verankert ist. Die zentralen Entscheidungen dürfen nicht mehr an wenige InteressensvertreterInnen oder „ExpertInnen“ abgegeben werden, sondern müssen von den Betroffenen selbst getroffen werden.

DEMOKRATISIERTE MEDIEN

Demokratische Teilnahme ist darauf angewiesen, dass eine größtmögliche Anzahl von Menschen in den Prozess öffentlicher Debatten einbezogen wird. Dies kann durch Massenmedien, die nur den Gewinninteressen der EigentümerInnen mittels Anzeigenbewirtschaftung dienen, nicht sichergestellt werden. Die Vielzahl kommerzieller Medienunternehmen alleine garantiert noch keine Meinungsvielfalt wenn diese immer mehr vom Gleichen präsentieren. Umfassende und ausgewogene Information ist die Basis direkter

Demokratie. Daher braucht es vielfältige, demokratisierte und öffentlich verantwortliche Medieneinrichtungen und -strukturen, die kritischen und unabhängigen Journalismus sicherstellen und den Einfluss ökonomischer Interessen minimieren bzw. beenden. Dazu braucht es auch die Förderung kleiner, selbstverwalteter Medienprojekte. Radio- und Fernsehsender sollen die gesellschaftliche Vielzahl an Perspektiven widerspiegeln. Gerade das Internet soll als Ort der freien und dezentralen Information genützt werden.

DEMOKRATISIERUNG DES ZUGANGS ZU INFORMATION

Das Open-Source-Prinzip wurde im Zeitalter des Internets entwickelt, ist aber in seiner Grundvorstellung viel älter. Der Grundsatz lautet, dass wir ständig auf dem Wissen vorheriger Generationen aufbauen. So funktioniert Fortschritt. Die kapitalistische Marktwirtschaft verknappt durch ihre Konkurrenzlogik das Wissen künstlich. Wenn wir diese Schranken beseitigen, eröffnen sich neue Möglichkeiten. Gleiches gilt für Politik und Demokratie. Hier können kollaborativ innovative Lösungen für politische Probleme gefunden werden, wenn das Partei-Hick-Hack nicht mehr im Vordergrund steht. Darüber hinaus ist der freie Zugang zu Daten und Informationen eine wesentliche Grundvoraussetzung für Partizipation. Ist dieser Zugang eingeschränkt, profitieren davon nur einige wenige. Ansätze wie „Open Government“ und „Open Data“ stärken BürgerInnen dabei an Politik und Verwaltung teilhaben zu können. Neben Informationen über politische Vorgänge und Prozesse geht es dabei auch um Rechenschaft und Transparenz von PolitikerInnen. Demokratische Institutionen werden so gestärkt.

DEMOKRATISIERUNG DER POLITIK: EIN UMFASSENDES DEMOKRATIEPAKET FÜR ÖSTERREICH

DISKUTIEREN

- Welche Aspekte könnte eine Demokratiereform in Österreich beinhalten?
- Welche demokratischen Mitbestimmungsverfahren - außer Wahlen - sind vorstellbar oder werden schon in der Praxis umgesetzt?
- Was bedeutet „dreistufige Volksgesetzgebung“ und welche Voraussetzung müssten politisch dafür geschaffen werden?
- Was sind „BürgerInnenräte“ und was sind Vor- und Nachteile eines solchen Modells?

INFORMIEREN

Seit dem Korruptionsfall Strasser 2011 und der Aufarbeitung schwarz/blau/oranger Affären wird in Österreich eine Debatte über **Demokratiereform** geführt. Diese konzentriert sich neben der

Einschränkung von Korruption auf die Stärkung direkter Demokratie. Ganz dem Verständnis der Demokratie als Wahlakt entsprechend reden alle darüber, wie man öfter ein „Kreuzerl“ machen kann.

Direkte Demokratie zu stärken ist auch aus unserer Sicht wichtig. Dies ist aber nur vor dem Hintergrund weitreichender Demokratisierungsschritte möglich. Denn wenn im gegenwärtigen Kontext Referenden, Volksbegehren und Volksabstimmungen leichter zu erreichen sind, werden diese von PopulistInnen und ressourcenstarken AkteurInnen instrumentalisiert. Daher braucht es die oben vorgeschlagenen Demokratisierungsschritte der diversen gesellschaftlichen Bereiche. Ressourcen müssen umverteilt werden, BürgerInnen müssen ausreichend und vielfältig informiert werden und – noch wichtiger – einander informieren und miteinander in Dialog treten. Erst müssen die Bildungseinrichtungen demokratisiert sein. All das sind wichtige Voraussetzungen, um reflektierte, eigenständige Entscheidungen treffen zu können. Dann ist auch direkte Demokratie umsetzbar, die wir im Anschluss darstellen werden. Darüber hinaus braucht es aber – neben Volksabstimmungen – auch neue Formate der Mitbestimmung, die in einem zweiten Schritt vorgestellt werden.

Direkte Demokratie soll als **dreistufige Volksgesetzgebung** umgesetzt werden. Im ersten Schritt formiert sich eine *BürgerInneninitiative* mit einem bestimmten politischen Anliegen. Dafür werden Unterschriften gesammelt. Aus unserer Sicht ist wichtig sicherzustellen, dass hier Kapitalinteressen und Parteien draußen gehalten werden. Es muss eine gesetzliche Regelung getroffen werden, welche die Finanzflüsse von Parteien und ihren Vorfeldorganisationen an BürgerInneninitiativen verbietet. Die Finanzierung ihrer Tätigkeiten muss die BürgerInneninitiative für die Öffentlichkeit transparent machen. Darüber hinaus dürfen auch keine Infrastrukturen von Parteien (wie Räumlichkeiten etc.) genützt werden. Sowohl die Gesamtsumme an Spenden an die Initiative, als auch Einzelspenden müssen limitiert sein. So wird verhindert, dass Initiativen im Sinne der wirtschaftlichen Elite finanziell zu stark werden. Wenn es z.B. eine Initiative gegen Reichensteuern gäbe, würde diese augenblicklich eine Unsumme an Werbebudget akkumulieren. Im Gegenzug zu diesen finanziellen Limitierungen muss die Hürde von Unterschriften, die von BürgerInneninitiativen gesammelt werden muss, niedrig gehalten werden. Die Initiative muss also wirklich aus dem Volk kommen.

Wenn die Hürde an Unterschriften übersprungen ist, wird die Volksinitiative zum *Volksbegehren*. Ab diesem Zeitpunkt muss der Staat aus Steuermitteln finanzielle Unterstützung für die Kampagne des Volksbegehrens zur Verfügung stellen. Auch das wirkt der Einmischung finanzstarker Personen entgegen. Wenn nun auch das Volksbegehren erfolgreich ist, soll es nicht - wie bisher - im Parlament diskutiert und ad acta gelegt werden, sondern dann folgt automatisch eine *Volksabstimmung*. Der Staat muss nun sowohl für die Pro- als auch die Contra-Kampagne Ressourcen zur Verfügung stellen. Darüber hinaus muss eine Abstimmungsbroschüre mit einer Sammlung von Für- und Wider-Argumenten an alle Haushalte verschickt werden. Der öffentlich rechtliche Rundfunk muss beiden Seiten eine bestimmte Sendezeit zur Verfügung stellen.

Neben diesen direktdemokratischen Verfahren gibt es aber eine Vielzahl an partizipativen Instrumenten, bei denen nicht die Abstimmung, sondern die diskursive Entscheidungsfindung im Vordergrund steht: **BürgerInnenräte** sind ein neues Format politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, das aus den USA stammt und vor allem in Österreich umgesetzt wird. Die Grundidee besteht darin, dass etwa zwölf Menschen aleatorisch bestimmt werden (Losverfahren), wobei Repräsentativität hinsichtlich Alter und Geschlecht gewährleistet wird. Diese debattieren an einem Wochenende über ihre politischen Anliegen, um schließlich ein gemeinsames Statement zu formulieren, das empfehlenden Charakter hat und für politische EntscheidungsträgerInnen als Orientierung dienen kann. In den letzten Jahren fanden bereits über 50 BürgerInnenräte in Österreich statt. Seit 31.1.2013 ist diese Form der partizipativen Demokratie neben Verfahren der direkten Demokratie in der Landesverfassung von Vorarlberg (Art. 1, Abs. 4) festgeschrieben. BürgerInnenräte können nun durch die BürgerInnen selbst (1.000 Unterschriften) initiiert werden.

Die Methode wurde von Jim Rough (2002) in den USA entwickelt. Nach einer Themensammlung wird das wichtigste Thema herausgefiltert und über zwei Tage diskutiert. Alle vorgebrachten Inhalte werden auf Flipcharts gesammelt und nach vier Kategorien strukturiert: Probleme, Lösungen, Bedenken und Fakten. Auf einzelne Wortmeldungen gehen die ModeratorInnen ausführlich ein. Ohne inhaltliche Anmerkungen zu machen, fragen sie bei den einzelnen Teilnehmenden immer wieder nach, wie die Wortmeldung genau gemeint ist und vertiefen so ihren Inhalt. So werden z.B. Statements zu Problemen nicht geschlossen, indem gleich nach einem Lösungsansatz gefragt wird, sondern das Problem wird zuerst vertieft. Über den gesamten Prozess werden die Inhalte von den ModeratorInnen gesammelt, periodisch zusammengefasst und in die Gruppe reflektiert. Hieraus ergeben sich bei den Teilnehmenden dann wieder neue Gedanken (ebd.: 85ff). Diese Methode sollte in jeder Gemeinde und auf Landesebene regelmäßig (etwa ein Mal im Quartal) durchgeführt werden, um zu erheben, was die Menschen bewegt. Auch auf Bundesebene können BürgerInnenräte durchgeführt werden. Das ist auch themenspezifisch möglich. So könnte z.B. gefragt werden was die dringlichsten Probleme, Sorgen und Ängste bezüglich Migration in Österreich sind.

Über BürgerInnenräte hinaus gibt es noch diverse andere Formate. Während sich diese auf das alltägliche Wissen der Menschen konzentrieren, ist auch Mitbestimmung bei komplexeren Themen möglich. Die in Dänemark entstandenen **Consenus Conferences** ebenso wie die US-amerikanischen **Deliberative Polls** setzen sich ebenfalls aus einer zufällig ausgewählten Gruppe von BürgerInnen zusammen. Diese bereiten sich in zwei Workshops auf ein bestimmtes Thema vor. Dieses diskutieren sie dann über vier Tage mit ExpertInnen des entsprechenden Feldes denen sie Fragen stellen können. Dann formulieren sie gemeinsam eine Politikempfehlung. Auch die New England **Town Hall Meetings** der frühen DemokratInnen wurden weiterentwickelt. Die Menschen, die sich in den Town Halls treffen, werden nun in kleine Gruppen unterteilt, die miteinander diskutieren, dabei aber mittels Computer

ständig mit den anderen Gruppen kommunizieren. Während der Diskussion wird laufend abgestimmt, um die Ergebnisse festzuhalten und zu konkretisieren.

Neben diesen Diskussionsformaten sind vor allem die aus Brasilien stammenden **partizipativen Budgets** oder BürgerInnenhaushalte, die mittlerweile in diversen Ländern erprobt wurden, eine wesentliche demokratische Innovation. Die Idee besteht darin, dass BürgerInnen auf lokaler Ebene ihr Budget selbst bestimmen. So setzten sie sich mit den Steuereinnahmen, den regulären Ausgaben und dem Spielraum für neue Projekte auseinander. In Planungszellen können die im partizipativen Budgetprozess beschlossenen Projekte dann umgesetzt werden.

Während sich in diesen Formaten stets nur eine relativ geringe Zahl an BürgerInnen versammeln kann, können all diese Partizipationsformen von sozialen Medien und digitalen Diskussionsräumen begleitet und so für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Als weitere wesentliche Komponente eines umfassenden Demokratiepakets für Österreich sehen wir die Umwandlung der heute einflusslosen zweiten Kammer des österreichischen Parlaments – des Bundesrates – in einen Raum zivilgesellschaftlicher Partizipation vor. Immer wieder wird die **Abschaffung oder Aufwertung des Bundesrates** diskutiert. Aus unserer Sicht sollte der Bundesrat von Parteien, die ohnehin im Nationalrat vertreten sind, befreit werden und für die organisierte Zivilgesellschaft geöffnet werden. Die Sitze im neuen *Rat der Zivilgesellschaft* sollten den diversen Organisationen entsprechend ihrer Mitgliederstärke zugesprochen werden. Die Mitglieder der jeweiligen Organisationen wählen intern die Personen, mit denen sie ihre Sitze beschicken. Dies würde auch einen Anreiz bieten sich zivilgesellschaftlich zu engagieren. Der Rat der Zivilgesellschaft sollte vor allem im Gesetzesbegutachtungsprozess aktiv sein und eine Art neue zivilgesellschaftliche Partnerschaft herstellen. Die Interessen der selbstorganisierten BürgerInnen könnten so in den Gesetzgebungsprozess einfließen. Während schon heute zivilgesellschaftliche Gruppierungen von Parlamentsfraktionen zur Beratung herangezogen werden, was aber auf Freiwilligkeit und Gutdünken der jeweiligen Fraktionen beruht, würde der zivilgesellschaftliche Einfluss so sichergestellt. Diese Maßnahme ist aber vor dem Hintergrund der Umverteilung von Ressourcen und Bildungschancen denkbar, da die heutige Zivilgesellschaft stark vom gesamtgesellschaftlichen Machtgefälle geprägt ist – sie also vor allem die Interessen der besser Gebildeten und Ressourcenstarken repräsentiert.

EXKURS: DEMOKRATISIERUNG DES ÖFFENTLICHEN HAUSHALTSBUDGETS

Im Rahmen der Erarbeitung des zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets der Allianz „Wege aus der Krise“ in der Attac Österreich federführende Kraft ist, wurde im Sinne der „umfassenden Demokratisierung“ ein Kapitel zu Schritten der Demokratisierung des öffentlichen Haushaltsbudgets erarbeitet und in das zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget aufgenommen.

DISKUTIEREN

- Wie wird das öffentliche Haushaltsbudget in Österreich derzeit erstellt? Wie könnte der Haushaltsbudgeterstellungsprozess demokratischer werden?
- Was bedeutet das Konzept Gender-Budgeting und wie könnte es konkret in Österreich eingeführt werden?

INFORMIEREN

Ein Zukunftsbudget braucht Demokratie!

Um ein zivilgesellschaftliches Zukunfts- und Investitionsbudget Realität werden zu lassen, braucht es transparente und demokratische Budgeterstellungs- und Steuerreformprozesse. Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen hier eingebunden werden. Um echte Beteiligung zu ermöglichen ist zum einen der Zugang zu Daten und Informationen eine zentrale Voraussetzung. Zum anderen braucht es transparente und nachvollziehbare Beteiligungsprozesse.

Folgende Maßnahmen schlagen wir im Sinne einer umfassenden Demokratisierung in Bezug auf die Gestaltung des öffentlichen Haushaltsbudgets vor:

- den Beitritt Österreichs zum „Open Government Partnership "[1]
- ein Informationsfreiheitsgesetz, in dem der Zugang zu Informationen über die Verwendung aller öffentlichen Mittel – auf Gemeinde-, Landes- und Bundesebene – als zentraler Bestandteil verankert ist. BürgerInnen müssen die Möglichkeit haben, nachvollziehbar und verständlich einzusehen, wofür ihre Steuergelder ausgegeben werden.
- die Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Erarbeitung von „wirkungsorientierten Budgets" in einer klaren und transparenten Weise.
- die Einladung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu einem öffentlichen Hearing seitens des Budgetausschusses des Nationalrats (bzw. auch auf Länderebene) und zwar im Frühjahr, wenn es um die langfristige Budgetplanung geht, wie auch im Herbst, wenn es um das Budget für das kommende Jahr geht.
- die Einrichtung eines unabhängigen Beirats zur Umsetzung von **Gender-Budgeting**. Um das Ziel eines geschlechtergerechten Budgets zu erreichen, ist aus unserer Sicht die Einsetzung eines solchen Rates notwendig. Dieses Gremium soll unabhängig agieren, die Erstellung eines Genderberichts unterstützend begleiten und jährlich Empfehlungen an die Regierung aussprechen. Die Besetzung soll zu 50% durch die Frauenministerin (der die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Gleichstellung obliegt) erfolgen. 50% der Mitglieder sollen zivilgesellschaftliche bzw. wissenschaftliche AkteurInnen stellen.

  Auf Regierungsseite ist die Institutionalisierung von Gender Budgeting im Bundeskanzleramt (BKA) und dem Frauenministerium vorzusehen. Diese Stelle soll eng mit der Wirkungscontrollingstelle des BKA zusammenarbeiten. Auf Parlamentsseite ist darauf zu achten,

1 Open Government Partnership ist eine Initiative, die 2011 von acht Regierungen lanciert wurde mit dem Ziel „Open Government" – also transparentes Regieren - zu fördern. Seit dem Beginn der Initiative sind 47 weitere Staaten beigetreten. Die Initiative wird von einer Steuerungsgruppe bestehend aus VertreterInnen von Regierungen und Zivilgesellschaft geleitet. Mehr Informationen unter: www.opengovpartnership.org

dass es im vereinbarten Budgetdienst explizit zuständige ExpertInnen zur Umsetzung dieser Staatszielbestimmung gibt. Zusätzlich dazu soll auch ein Gender-Budget Forum mit breiter öffentlicher Beteiligung eingerichtet werden, im Rahmen dessen Diskussionen mit den MinisterInnen über die Gleichstellungswirkung des Budgets stattfinden und Vorschläge zur Förderung der Gleichstellung von Seiten der Zivilgesellschaft und der Bevölkerung eingebracht werden können.

Bei Gender Budgeting geht es um das Sichtbarmachen der geschlechterspezifischen Auswirkungen von Budgetentscheidungen, sowohl einnahmenseitig (Steuern, Abgaben etc.) als auch ausgabenseitig (Förderungen, Zuteilung von Mitteln etc.). Gender Budgeting ist kein zusätzlicher Budgetposten, sondern es werden die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und Männern berücksichtigt und die Geschlechterverhältnisse systematisch in die Budgetgebarung einbezogen. Ziel ist eine gerechte Verteilung der finanziellen Mittel zwischen den Geschlechtern.

Gender Budgeting ist somit das finanzpolitische Instrumentarium der gleichstellungspolitischen Strategie des Gender Mainstreaming. Es ist ein wirkungsvolles Analyse- und Steuerungsinstrument, das Geschlechtergerechtigkeit auch durch eine veränderte Haushaltsführung bzw. -politik herstellt (Quelle: Webseite des Bundeskanzleramts Österreich). Weiterführende Informationen: https://www.bka.gv.at/site/5557/default.aspx

AKTIV WERDEN! METHODEN UND FORMATE DEMOKRATISCHER BETEILIGUNG

Die hier vorgestellten Methoden und Instrumente sind Beispiele für demokratische Prozesse öffentlicher Beteiligung und auch Instrumente für demokratische Entscheidungsfindung in Gruppen und Arbeits-/Projektteams (Quelle: partizipation.at - Webseite für Partizipation & nachhaltige Entwicklung in Europa).

AGENDA KONFERENZ

Beteiligungsverfahren für Kommunen, Unternehmen und Organisationen

TeilnehmerInnen
BürgerInnen, deren Lebens- oder Arbeitsraum betroffen ist, VertreterInnen von Interessengruppen, EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Verwaltung.

Die aus dem Lokalen Agenda 21 Prozess entwickelte Methode dient dazu, in einem Prozess den aktuellen Stand zu resümieren, diesen gemeinsam zu bewerten, Ziele für die Zukunft zu entwickeln und Aktionen anzustoßen. Sie kann eingesetzt werden als Einstieg in einen Beteiligungsprozess oder wenn ein Prozess ins Stocken geraten ist bzw. eine neue Phase begonnen werden soll.

Geeignet

- um die Beteiligten auf denselben Wissensstand zu bringen und zusätzliches Wissen zu erschließen
- um Entscheidungen auf eine breitere Basis zu stellen
- um PartnerInnen für die Umsetzung von Zielen und Maßnahmen zu finden und neue Personen zu aktivieren

Ablauf

Die Agenda-Konferenz bedient sich verschiedener Methoden, u. a. Plenarsitzungen, Kleingruppenarbeit oder Marktplatzpräsentationen.

- **Phase 1:** Der Stand der Dinge – Bestand

  Das Vorbereitungsteam stellt im Vorfeld Informationen über den Stand der Dinge zusammen (Ergebnisse von Bestandsaufnahme oder -analysen, Aktionen/Projekte, Konzepte).
- **Phase 2:** Der Stand der Dinge – Bewertung

  Der Stand der Dinge wird als Einstieg in die Agenda-Konferenz in einem offenen Rahmen präsentiert und kann von den Anwesenden bewertet werden: Was ist gut, was ist zu verbessern, was kommt auf uns zu, was fehlt?
- **Phase 3:** Entwicklung von Leitbildern und konkreten Zielen

  In dieser Phase wird der Blick in die Zukunft gerichtet: Wo wollen wir hin? Was sind dringliche Probleme, was soll erreicht werden? Welche Leitbilder und Visionen gibt es?
- **Phase 4:** Entwicklung von Maßnahmen und Projekten

  In dieser Phase werden zur Umsetzung konkrete Projektideen sowie Maßnahmen entwickelt. (Wie wollen wir die festgelegten Ziele erreichen?) Anschließend sollen sich Projektgruppen bilden, die aufbauend auf den erarbeiteten Ergebnissen an einer weiteren Umsetzung arbeiten.

Zu beachten ist

- Für das Gelingen einer Agenda-Konferenz ist es besonders wichtig auch VertreterInnen aus Politik und Verwaltung zu involvieren, die in ihrem Ressort Entscheidungen treffen können. Nur so kann gesichert werden, dass die erarbeiteten Ideen auch umgesetzt werden.

Praxisbeispiele

Informationen des Bayrisches Landesamts für Umweltschutz zur Agenda Konferenz:
http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/methoden/Literatur_agenda_konferenz.pdf

BÜRGERINNEN-RAT

Der BürgerInnen-Rat bietet eine einfache, kostengünstige und rasche Möglichkeit, Selbstorganisation und Eigenverantwortung von BürgerInnen zu stärken.

Geeignet

- für die kreative Entwicklung und Umsetzung von Lösungen zu heiklen Themen
- um das Engagement und demokratiepolitische Verständnis von BürgerInnen zu stärken

Ablauf

Der BürgerInnenrat setzt sich aus zwölf nach dem Zufallsprinzip ausgewählten BürgerInnen zusammen. In der zwei Tage dauernden Arbeitsphase identifizieren die TeilnehmerInnen Themen öffentlichen Interesses in ihrem Umfeld und entwickeln dafür Verbesserungs-/Lösungsvorschläge. Dabei werden sie von einem „dynamic facilitator“ unterstützt. Dieser Moderator hilft den beteiligten BürgerInnen herauszufinden, was sie wollen und wie sie auf kreative Weise gemeinschaftliche Lösungen zu scheinbar unlösbaren Problemen entwickeln können. Dabei steht die Selbstorganisationsdynamik der Gruppe im Vordergrund. Mithilfe dieses Empowerment-Ansatzes und der Konzentration auf die Gruppenenergie werden im Zuge der „dynamic facilitation“ bessere, schnellere und stärker konsensuale Resultate erzielt als in anderen Verfahren.

Die Ergebnisse des BürgerInnenrats werden in einem Statement festgehalten, das öffentlich präsentiert wird. Danach wird der BürgerInnenrat aufgelöst. Im Anschluss an die Abschlusspräsentation besteht für

die gesamte Bevölkerung Gelegenheit, das Thema zu diskutieren (zB in Arbeitsgruppen). Empfehlenswert ist die periodische Neubildung eines BürgerInnenrats (alle vier Monate). Der neue Rat bestimmt eigene Themen und kommentiert die vorhergehenden Statements. Im Laufe der Zeit entstehen Statements, die vom Großteil der Bevölkerung getragen werden. Dieser Ansatz alle Menschen eines Systems – seien es Städte, Vereine, Unternehmen, Behörden oder ganze Staaten – einzubeziehen, zu ermächtigen und zu befähigen, hat sich in der Praxis gut bewährt.

Zu beachten ist

- Jede/r TeilnehmerIn spricht für sich selbst und nicht für eine Interessengruppe.
- Bei der Auswahl der BürgerInnen sind Kriterien wie Geschlecht, Alter, Wohnviertel etc. zu berücksichtigen, um einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung zu erzielen.
- Eine periodische Durchführung des BürgerInnenrates erhöht die Qualität der Ergebnisse.

Praxisbeispiele

Dokumentation des 1. Sulzberger Jugendrats:

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Praxisbeispiele/sulzberg_doku.pdf

Bericht eines Forschungsprojekts zu BürgerInnen-Räten in Österreich:

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/methoden/Endbericht_Forschungsprojekt_BuergerInnen-RaeteMai2012.pdf

Länderübergreifenden BürgerInnen-Rat von Liechtenstein und Vorarlberg:

http://www.vorarlberg.at/pdf/dokumentationbrfl-vlbg.pdf

COMMUNITY ORGANIZING

Community Organizing ist Organisationsarbeit in Stadtteilen, Städten, Gemeinden oder Regionen. Durch den Aufbau von Beziehungen und einer Kultur der Selbstbestimmung und demokratischer Entscheidungsfindung, werden BürgerInnen darin unterstützt, gemeinsam zu handeln und zur Lösung von Problemen in ihrem Umfeld beizutragen.

„Organisieren ist das aktive Ausgraben der Geschichte eines Menschen, die gemeinsame Untersuchung der Bedeutung dieser Geschichte und die Gelegenheit, für die persönliche und gemeinsame Geschichte einen neuen Schluss zu schreiben.“ (McNeil 2007) Beim Organisieren (Community Organizing) passieren viele solcher „Ausgrabungen“: in Gesprächen finden haupt- und ehrenamtliche Kräfte heraus, was die Menschen in einem Wohngebiet, einem Stadtteil oder einer Region berührt, was ihre wichtigsten Anliegen (Ärgernisse, Wünsche, Interessen) sind und wofür sie sich einzusetzen bereit sind. Individuell empfundene Probleme werden als öffentliche entdeckt und bearbeitet: Wie sehen die anderen das Problem, gibt es Übereinstimmungen, wie lässt sich gemeinsam handeln, um einer Lösung näher zu kommen?

Geeignet

- Stärkung und Qualifizierung der Mitglieder einer Organisation durch das konkrete Tun und durch Herausforderungen (empowerment und leadership development)
- systematische, kontinuierliche Arbeit mit aktiven BewohnerInnen, thematischen Arbeitsgruppen und Steuerungs- oder Strategiegruppen
- die methodischen Instrumente (Gespräche als sanfte Kunst) sind prinzipiell in jedem Umfeld einsetzbar, da universelle menschliche Anliegen angesprochen werden: der Wunsch nach einem guten Leben für sich und Angehörige, beruflichen Perspektiven, einem lebenswerten

Wohnumfeld etc.; eine gewisse Dichte der Besiedlung, d.h. ein „Pool“ an möglichen MitstreiterInnen, scheint jedoch erforderlich.

Ablauf

Community Organizing, in den 1930er Jahren in den USA entwickelt, wird bis heute in vielen Formen praktiziert und weiter entwickelt. Es ist nicht „nur“ Methode, sondern auch gelebte Philosophie und besteht aus vielen Facetten. Es gibt daher keinen „idealtypischen Ablauf“ im engeren Sinne, charakteristisch sind jedoch:

- ein innerer oder äußerer Anstoß, um Gespräche in einem Sozialraum in Gang zu bringen (BewohnerInnen, Kirchgemeinde, Stiftung etc.)
- viele Einzelgespräche zwischen einem oder einer oft hauptamtlichen OrganizerIn, aktiven BürgerInnen und solchen, die es vielleicht werden wollen oder könnten
- Treffen, um gemeinsame Anliegen heraus zu finden und nach Lösungen zu suchen
- das Bearbeiten der Schritte; anvisierte Ziele sollten so konkret wie möglich sein
- das Entwickeln einer eigenen Struktur und Arbeitsweise für das gemeinsame Wirken.

Beim Community Organizing werden bewusst Menschen unterschiedlicher Herkunft und Interessen angesprochen, um eine möglichst große Vielfalt an Sichtweisen einzubinden und eine möglichst breite Basis zu schaffen..

Dauer der Durchführung

Bürgerorganisationen sind langfristig und eher themenunabhängig angelegt. Es geht um einen „ongoing flow of new people“, die beständige Suche nach MitstreiterInnen und neuen Kräften - eine zivilgesellschaftliche Daueraufgabe. In diesem Fluss sind einzelne Aktionen zu verstehen, die von einer kurzen Frist (z.B. einstündige öffentliche Anhörungen oder Presseaktionen) bis zu mehrwöchigen oder -monatigen Kampagnen reichen können.

Zu beachten ist

- der Aufbau einer Bürgerorganisation sollte idealerweise nur in Gang gebracht werden, wenn genügend Ressourcen vorhanden sind, um langfristiges Arbeiten zu gewährleisten
- die Unabhängigkeit von staatlichen Geldern ist wünschenswert und verlangt neue Erfahrungen und ein neues Selbstbewusstsein hinsichtlich des Akquirierens anderer Ressourcen
- es geht darum, Verhandlungsmacht „auf gleicher Augenhöhe“ neben etablierten Entscheidungsstrukturen (z.B. Kommunalpolitik und –verwaltung) aufzubauen
- Macht wird positiv als gestaltende Kraft verstanden, sie erwächst – im Gegensatz zur Macht des Geldes – aus der Macht der Beziehungen und dem gegenseitigen Vertrauen
- der Aufbau von Beziehungen braucht Zeit; es ist eine vernünftige Balance zu finden zwischen einer stabilen (zwischenmenschlichen) Grundlage und dem Bedürfnis der Menschen nach Aktionen und fühlbaren Erfolgen
- Entscheidungsstrukturen innerhalb von Bürgerorganisationen sollten transparent sein und die Mitbestimmung für alle Mitglieder ermöglichen
- Strukturen, die die Lebensqualität beeinträchtigen, lassen sich bedingt und teilweise direkt im Sozialraum angehen. Die Ursachen von Problemen sind aufzuspüren und die richtigen AdressatInnen für Forderungen, auch auf regionaler, nationaler oder internationaler Ebene zu finden. Dies macht ggf. die Vernetzung mit anderen Gruppierungen und auf anderen Ebenen erforderlich; die ursprüngliche Praxis des Organizing ist zunächst auf die lokale Ebene und das dort Machbare gerichtet

Praxisbeispiele

Demokratie und Gemeinsinn stärken (Landkreis Märkisch-Oderland):

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Praxisbeispiele/demo-gemeinsinn.pdf

THE WAY OF COUNCIL - KREISGESPRÄCHSKULTUR

Council ist eine hierarchie- und gewaltfreie Form der Kommunikation, eine Praxis zur Gemeinschaftsbildung und eine Methode zur Unterstützung und Begleitung von Gruppenprozessen und kann in allen Bereichen des Lebens eingesetzt werden: in Schulen, Firmen, Teams, Familien, Liebes – Beziehungen, Gemeinschaften und mit einem selber.

Geeignet für

Council kann ein effektives Werkzeug sein, wenn es darum geht

- gemeinsam Visionen zu entwickeln, zu brainstormen
- Vertrauen und Teamgefühl zu stärken
- Gemeinschaft zu bilden und ein Gefühl von Wir zu entwickeln
- Entscheidungen zu treffen
- Kompromisse zu formulieren, zu einem Konsens zu kommen
- Konflikte zu lösen
- schwierige Themen aufzudecken und zu bearbeiten
- einen Moment der Ruhe inmitten des Sturm zu finden
- Unterschiedlichkeit und Vielfältigkeit anzunehmen
- Gesehen, gehört, anerkannt und geschätzt zu werden

Ablauf, Dauer

Die Praxis von Council ist dabei ganz einfach. Eine Gruppe von Menschen sitzt im Kreis. Ein Redegegenstand wird von Person zu Person weitergegeben. Jede Person hat die Möglichkeit zu sprechen und gehört zu werden. Die Dauer richtet sich im Grunde nach der Anzahl der Personen und den zu besprechenden Themen und kann zwischen einer halben Stunde bis zu mehreren Tagen betragen.

Council – Absichten

Im Council bemühen wir uns, so gut es uns möglich ist, folgende Absichten/Intentionen einzuhalten:

- Höre mit dem Herzen zu (ganz aufmerksam und bewertungsfrei)
- Sprich von Herzen (über das was dich wirklich bewegt)
- Sei spontan (erzähle das, was jetzt im Moment da ist)
- Erzähle das Wesentliche, die Essenz
- Vertraulichkeit: Was im Kreis erzählt wird, bleibt im Kreis
- Erzähle das, was Dir, dem Kreis und dem größeren Ganzen dient

Diese Art der Kommunikation ist kein neues Konzept, sondern hat eine lange Geschichte und ist in vielen Kulturen zuhause. Council als Praxis und Methode wurde in den vergangenen 40 Jahren weiterentwickelt von der Ojai Foundation, ein non-profit Bildungszentrum in Südkalifornien.

Zu beachten ist

- die professionelle Begleitung, v.a. Einführung in die Methode durch erfahrene Council-ModeratorInnen

- es ist eine Methode, die sehr in die Tiefe der zwischenmenschlichen Beziehungen gehen kann und Themen ansprichte/hervorbringt, die nicht nur themen-/sachbezogen sind.

Weiterführendes und Links

Die Homepage des europäischen Council-Netzwerkes ECN: www.council-network.eu

Grundlagenbuch: „Der Große Rat“ von Jack Zimmermann und Virginia, Coyle, Arbor Verlag

OPEN SPACE KONFERENZ

Bei einer Open Space Konferenz (open space = engl. für offener Raum) gibt es ein Leitthema, aber keine festgelegten ReferentInnen oder vorbereiteten Arbeitsgruppen. Die TeilnehmerInnen bestimmen selbst, wer wie lange zu welchen Themen arbeiten will.

Geeignet

- wenn es darum geht, mit einer großen Zahl an Beteiligten komplexe Fragestellungen zu bearbeiten,
- als Initialzündung für ein Vorhaben, das mit einer Ideensammlung auf breiter Basis beginnen soll,
- wenn viele, ganz unterschiedliche Personen an einem komplexen Thema arbeiten sollen.

Ablauf, Dauer

Eine Open Space Konferenz sollte 2-3 Tage dauern und beginnt mit der Vorstellung des Leitthemas. Alle TeilnehmerInnen, die dies möchten, können eine Arbeitsgruppe zu einem Thema einberufen, das sie besonders interessiert. Die Arbeit bei einer Open Space Konferenz beruht auf einem Gesetz und vier Prinzipien:

„**Das Gesetz der zwei Füße**“ besagt, dass jede/r nur so lange in einer Arbeitsgruppe bleiben soll, solange er/sie dort einen Beitrag leisten und/oder etwas lernen kann. Es ist nicht nur erlaubt, sondern sogar erwünscht, die Arbeitsgruppe zu wechseln.

Die **vier Prinzipien** lauten

1. Wer immer kommt, ist gerade die richtige Person.
2. Was auch geschehen mag – es ist das einzige, was geschehen kann.
3. Wann immer es beginnt, es ist die richtige Zeit.
4. Vorbei ist vorbei.

Deshalb werden für alle Themen Arbeitsorte und –zeiten fixiert, die Bearbeitung der Themen erfolgt jedoch selbstorganisiert in sich immer wieder neu formierenden Kleingruppen.

In der letzten Phase der Konferenz werden die als am wichtigsten empfundenen Fragestellungen herausgearbeitet, dafür notwendige nächste Schritte besprochen und „Themenpatenschaften“ vergeben. So wird gewährleistet, dass auch nach der Konferenz die generierten Ideen weitergetragen werden. Am Ende der Konferenz erhalten alle TeilnehmerInnen einen Band mit den Gruppenprotokollen, in dem sie die Ergebnisse aller Gruppen nachlesen können.

Den OrganisatorInnen obliegt bei einer Open Space Konferenz nur die Aufgabe, für den logistischen Rahmen und den „freien Raum“ zur Entfaltung des kreativen Potenzials zu sorgen, sie nehmen keine Eingriffe in den Inhalt der Konferenz vor.

TeilnehmerInnen

interessierte BürgerInnen, InteressenvertreterInnen, VertreterInnen von Politik und Verwaltung

Zu beachten ist

- Eine Open Space Konferenz hat zwar einen thematischen Rahmen und einen festgelegten strukturierten Ablauf, doch die Ergebnisse sind nicht vorherbestimmbar. Darauf müssen sich sowohl OrganisatorInnen, AuftraggeberInnen als auch TeilnehmerInnen bewusst einlassen.
- Der „offene Raum“, den eine Open Space Konferenz verspricht, sollte tatsächlich auch möglich sein.

Praxisbeispiele

Jugend Open Space Diskussionsforum „Mitreden beim Verkehr der Zukunft“, Vorarlberg

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Praxisbeispiele/openspace_jugend.pdf

Open Space internationale Weseite (englisch): http://www.openspaceworld.org/

SOZIOKRATIE

Soziokratie (lat. *socius* = Gefährte, griech. *kratein* = regieren) ist ein Modell der Steuerung und Entscheidungsfindung in Prozessen und Organisationen, das von der Gleichwertigkeit aller Beteiligten ausgeht. Wichtigste Prinzipien sind, dass nur dann eine Entscheidung getroffen wird, wenn keine/r der Anwesenden einen schwerwiegend begründeten Einwand hat (= Konsentprinzip oder Kein-Einwand-Prinzip) und dass alle in einem Kreis zur Entscheidung beitragen.

Geeignet

- zur Moderation von Sitzungen
- als kooperatives Organisationsmodell für Gruppen, Organisationen und Unternehmen

Die vier Grundprinzipien der Soziokratie sind:

1.) Das Konsentprinzip*

Eine Entscheidung gilt dann, wenn kein Teilnehmer einen schwerwiegenden und argumentierten Einwand gegen einen zu fassenden Beschluss hat (ist kein Vetorecht, sondern das Aushandeln auf der Basis von nachvollziehbaren Argumenten).

2.) Die Organisation in Kreisen

Ein Kreis ist eine Gruppe von Menschen, die regelmäßig zusammenkommen und ein gemeinsames Ziel erreichen wollen. In diesem Kreis werden alle Grundsatzentscheidungen getroffen, ausgeführt und ihre Zielerreichung gemessen.

3.) Doppelte Koppelung der Kreise (soziokratisches Organisationsmodell)

Die Verbindung zwischen zwei Kreisen besteht aus einer doppelten Verknüpfung. Einmal wird von oben eine LeiterIn bestimmt, dann von unten ein/e DelegierteR gewählt. Das bedeutet, dass wenigstens zwei Personen eines Kreises an der Beschlussfassung im nächst höheren Kreis beteiligt sind.

4.) Die soziokratische Wahl von Personen

FunktionsträgerInnen und Delegierte werden nach offener Besprechung und mit Konsent* gewählt.

** Konsent ist nicht Konsens. Konsent heißt nicht „Ja, ich stimme zu!“, sondern „Ich habe keinen schwerwiegenden Einwand dagegen“. Ein solcher Beschluss wird in dem Kreis gemeinsam und kreativ auf der Basis von Argumenten gefunden und liegt dann innerhalb des Toleranzbereiches jeder Mitwirkenden im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel.*

Die Soziokratie wurde in den Niederlanden von Gerard Endenberg auf der Grundlage der Ideen des Sozialreformers Kees Boeke entwickelt.

Ablauf

Soziokratische Moderation der Kreissitzung

Die zentralen Elemente sind:

- Die Beteiligten reden nacheinander im Kreis und nicht in offener Diskussion (Vorteil: JedeR wird gehört und kann in der nächsten Runde dazukommende Gedanken ergänzen).
- Klare Struktur durch Unterteilung in Runden:
    - Bildformende Runden: Sammlung aller relevanten Informationen zu einem Thema
    - Meinungsformende Runden (jeder äußert seine Meinung zum Thema und es werden mögliche Lösungsvorschläge gesammelt)
    - Konsentrunden (Beschlussfassung bzw. Suche nach einem Beschluss ohne schwerwiegenden Einwand)

Der/die ModeratorIn arbeitet sehr stark lösungsorientiert. Er/sie kann auch Gruppenmitglied sein.

Prinzipien der soziodemokratischen Moderation:

- Alle Beteiligten haben die gleichen Möglichkeiten der Mitsprache und jedes Argument zählt (Gleichwertigkeit der Beteiligten – Primat des Arguments)
- Einwände werden als noch nicht gehörte Argumente vom Moderator umgewandelt und konstruktiv verwendet
- ModeratorIn und Kreismitglieder sind gemeinsam verantwortlich für das Gelingen der Entscheidungsfindung.

Zu beachten ist

Organisation und Soziokratie müssen zusammenpassen: die Methode fördert ein kooperatives Miteinander, Eigenmotivation, Selbstverantwortung und verändert langfristig die Organisationskultur: Das Argument zählt und nicht die Position der Beteiligten; Herrschaftshierarchien werden zu funktionalen Hierarchien verändert.

Praxisbeispiele

Soziokratie in Unternehmen in den Niederlanden: http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/methoden/brandeins_01_09_soziokratie.pdf

Soziokratie Zentrum Österreich: http://www.soziokratie.at/

SYSTEMISCHES KONSENSIEREN

Das Systemische Konsensieren ist ein konsensnahes Entscheidungsverfahren. Eine Gruppe ermittelt aus einer Reihe selbst entwickelter Lösungsvorschläge jenen Vorschlag, der in der Gruppe die geringste Ablehnung erfährt. Diese Form der Entscheidungsfindung – von den Beteiligten nicht die Zustimmung zu einem Vorschlag zu erfragen, sondern das Ausmaß des Widerstands – ermöglicht ein Ergebnis, das einem Konsens am nächsten kommt. Denn es wird für jede einzelne Lösung das Ausmaß des gesamten Widerstands der Gruppe ermittelt.

Geeignet

- um eine möglichst konsensnahe Entscheidung zu treffen
- um den Fokus auf Lösungsmöglichkeiten zu erweitern
- um auch zurückhaltenden oder schweigsamen Gruppenmitgliedern die Chance auf eine gleichwertige Berücksichtigung ihrer Stimme zu ermöglichen

Ablauf

Der Ablauf gliedert sich in vier Phasen:

1. Entwicklung einer Fragestellung
Eine Gruppe möchte eine Entscheidung treffen, die von allen Beteiligten getragen wird. Sie entwickelt eine übergeordnete Fragestellung, die nicht mit Ja oder Nein zu beantworten ist.

2. Kreativphase: Sammeln von Lösungsvorschlägen
In der zweiten Phase werden Lösungsvorschläge gesammelt, wobei nach dem Prinzip des Systemischen Konsensierens (SK-Prinzip) auf Kreativität und Vielfalt geachtet wird. Alle Ideen und Wünsche dürfen vorgebracht werden und stehen gleichberechtigt nebeneinander. Die Lösungsvorschläge werden in dieser Phase nicht kommentiert und diskutiert.

3. Bewertungsphase
In der Bewertungsphase wird jeder Lösungsvorschlag von jedem Gruppenmitglied mit sogenannten Widerstandspunkten (W-Punkten) bewertet. Null Punkte bedeutet dabei „Kein Widerstand“ bzw. „diese Lösung kann ich mittragen“. Die höchste zu vergebende Punktezahl ist 10 und bedeutet „starker Widerstand“ bzw. „ich lehne diesen Vorschlag entschieden ab“. Die Bewertung wird auf einer Matrix notiert. Als Hilfstool für die Bewertung und anschließende Auswertung steht online der W-Stimmen-Rechner zur Verfügung. >> www.sk-prinzip.net/konsensieren/

4. Auswertung
Abschließend werden die von den TeilnehmerInnen vergebenen Punkte für jeden Lösungsvorschlag zusammengerechnet. Die Lösung mit der geringsten Punktzahl erfährt in der Gruppe den geringsten Widerstand und ist einem Konsens deshalb am nächsten.

Das Verfahren des Systemischen Konsensierens kann für jede Entscheidungsfindung angewendet werden, wo mehrere Optionen zur Auswahl stehen (Phase 3 und 4). Das SK-Prinzip hilft, das Konfliktpotenzial bei kontroversen Entscheidungen zu minimieren.

Zu beachten ist

- Damit das Verfahren gut funktioniert, ist es wichtig, dass die TeilnehmerInnen das Verfahren gut verstehen.
- Es wird empfohlen, die Gruppe vor dem Start des eigentlichen Entscheidungsprozesses durch einen Testdurchlauf mit einer einfachen Fragestellung mit dem Verfahren vertraut zu machen.
- Vorab sollte geklärt werden,
  - ob das Verfahren anonym durchgeführt werden soll.
  - welches Medium in der Kreativen Kommunikation (Phase 2) genutzt wird (z.B. Brainstorming, Kartenabfrage etc.).
  - welches Medium beim Erfassen von Widerständen (Phase 3) genutzt wird. (z.B. online Tool auf www.sk-prinzip.net, Konsensierungskarten etc.)

Links

Systemisch Konsensieren Wesite: www.sk-prinzip.net

Systemisch Konsensieren online Tool: https://www.konsensieren.eu/de/

WORLD CAFE

Bei der Methode des World Café wird in einer entspannten, kaffeehausähnlichen Atmosphäre ein kreativer Prozess in Gang gesetzt, der über mehrere Gesprächsrunden den Austausch von Wissen und Ideen unter den Beteiligten fördert und so zu neuen Erkenntnissen führt.

Geeignet

- um das Wissen der Beteiligten und deren Perspektiven zu sammeln und sich auszutauschen

- um neue Ideen zu entwickeln und Handlungsmöglichkeiten zu finden

Ablauf

Bei dieser strukturierten Methode finden sich in - gewöhnlich 3 - aufeinander aufbauenden Gesprächsrunden von je 20-30 Minuten 4-6 Personen in einer ungezwungenen Atmosphäre an einem Tisch zusammen. Hier setzen sie sich mit einem konkreten Thema bzw. mit gestellten Fragen auseinander. Die kleine Gruppe eignet sich besonders gut für effiziente Diskussionen, deren Ergebnisse auch dokumentiert werden. Nach der ersten Gesprächsrunde verlassen die TeilnehmerInnen ihren Tisch und mischen sich an anderen Tischen neu. Eine TischgastgeberIn bleibt jeweils am Tisch zurück. Sie gibt den neu ankommenden die wesentlichen Gedanken der Vorrunde in das Gespräch mit, während die „Reisenden" ebenfalls die Gedanken weiter tragen. Der Austausch unter allen Beteiligten wird so auf eine sehr dynamische Weise gefördert und es können in kurzer Zeit Wissen und Erfahrung jedes Einzelnen einfließen, Anregungen geschaffen werden und neue kreative Ideen entstehen.
Nach mehreren Gesprächsrunden werden an jedem Tisch die wichtigsten Ergebnisse gesammelt und der gesamten Gruppe vorgestellt. Abschließend werden im Plenum die Ergebnisse reflektiert.

TeilnehmerInnen

BürgerInnen, EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft, FachexpertInnen oder VertreterInnen aus Interessengruppen

Zu beachten ist

- Das World Café funktioniert nur in ausreichend großen Gruppen, die Mindestzahl der TeilnehmerInnen ist 15 Personen.
- Die Methode ist explorativ und nicht geeignet, wenn sich bereits im Vorfeld eine bestimmte Lösung herauskristallisiert hat. Ebenso wenig ist sie für eine detaillierte Umsetzungsplanung geeignet.

Links

The World Café (englisch): http://www.theworldcafe.com/

ZUKUNFTSKONFERENZ

Bei einer Zukunftskonferenz erarbeiten ausgewählte TeilnehmerInnen aller betroffenen Interessengruppen nach einem festgelegten Ablaufschema Maßnahmen- und Aktionspläne für zukünftige Vorhaben.

Geeignet

- bei langfristigen Planungen und Projekten auf kommunaler Ebene oder in Organisationen für zukunftsorientierte Fragestellungen

Ablauf - 5 Phasen

- Reflexion der Vergangenheit
- Analyse der Gegenwart
- Entwicklung von Zukunftsentwürfen
- Herausarbeiten von Gemeinsamkeiten
- Planung konkreter Maßnahmen

In einer Zukunftskonferenz arbeiten die TeilnehmerInnen zu Beginn in homogenen Gruppen von 6 bis 8 Personen zusammen. Im Laufe der Konferenz werden diese Gruppen systematisch durchgemischt, so dass jede Gruppe auch mit den anderen Gruppen in Kontakt kommt. Dadurch kann ein

Zusammengehörigkeitsgefühl über Gruppengrenzen hinweg entstehen, das die Bereitschaft für die gemeinsame Suche nach neuen Lösungsansätzen erhöht.

TeilnehmerInnen

BürgerInnen, InteressenvertreterInnen, ExpertInnen, VertreterInnen von Politik und Verwaltung

Zu beachten ist

- Die Zukunftskonferenz kann durchaus in konfliktären Situationen eingesetzt werden, sie eignet sich allerdings nicht, wenn es um reine Ja/ Nein-Entscheidungen geht.
- Bei der Auswahl der TeilnehmerInnen muss auf Ausgewogenheit und Repräsentativität geachtet werden.

Praxisbeispiele und Links

Energievision Murau, Steiermark

http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Praxisbeispiele/energievision_murau.pdf

SCHLUSSWORT: UMFASSENDE DEMOKRATIE ZWISCHEN SELBSTORGANISATION UND STAATLICHER INSTITUTIONALISIERUNG

Das hier konzipierte Demokratiepaket ist als **Zusammenspiel zwischen von staatlicher Seite zur Verfügung gestellten Partizipationsmöglichkeiten und selbstorganisierten und sozial bewegten Beteiligungsformaten** gedacht. Der Staat ist zunächst der zentrale Adressat unserer Demokratisierungsbestrebungen, da er das gesamtgesellschaftliche Gemeinwesen organisiert.

Um die gewünschte Demokratisierung voranzutreiben braucht es aber eine aktive Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und selbstorganisierte Initiativen, die auf den Staat einwirken. Zudem fand demokratische Innovation stets zuerst durch Selbstorganisation statt. Soziale Bewegungen waren das Experimentierfeld für basisdemokratische Entscheidungsfindung. Dieses Generieren neuer Ideen an den Graswurzeln ist ein wesentliches Element von Demokratie und deren ständiger Motor.

Demokratie kann also nie von staatlicher Seite alleine zur Verfügung gestellt und dadurch zementiert werden. Vielmehr muss Demokratie immer neu erfunden werden. Demokratie ist sozial bewegt. Dieses Demokratiepaket sehen wir als Beitrag dieses kontinuierlichen Erneuerungsprozesses.

Wir hoffen, dass die Arbeit mit dem Demokratiepaket, das Diskutieren und sich weiter Informieren und Vertiefen das Interesse geweckt hat manche der vorgestellten demokratischen Methoden / Beteiligungsformen auch in der Praxis auszuprobieren!

LINKLISTE

www.attac.at	Webseite von Attac Österreich
http://okto.tv/demokratie	Demokratie in 14 Kurz-Dokumentationen sehr anschaulich in Szene gesetzt!
http://www.demokratiewebstatt.at/nc/wissen/demokratie-lexikon/	Demokratielexikon auf der Demokratie-Info-Seite des Parlaments, die von Frau Nationalratspräsidentin Barbara Prammer gestartet wurde. Ziel ist, Demokratie für Kinder und Jugendliche erlebbar zu machen.
http://partizipation.at/	Informationen zu Themen der öffentlichen Partizipation und demokratischen Methoden und Instrumenten
http://www.openspaceworld.org/	Open Space internationale Weseite (englisch)
http://www.dadalos.org/deutsch/demokratie/demokratie/grundkurs1/material/schaubild_5.htm	Schaubild „Demokratietypen“
http://www.soziokratie.at/	Soziokratie Zentrum Österreich
https://www.konsensieren.eu/de/	Systemisch Konsensieren online Tool
www.sk-prinzip.net	Systemisch Konsensieren Wesite
http://demokratie.geschichte-schweiz.ch/typen-systeme.html	Tabelle „drei Grundtypen demokratischer Systeme“
http://www.theworldcafe.com/	The World Café (englisch)
http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/subcoverpage.htm?channel=CH0561	Toolbox Gender-Budgeting
http://www.dadalos-d.org/europa/	UNESCO Bildungsserver für Demokratie-, Friedens- und Menschenrechtserziehung
www.council-network.eu	Webseite des europäischen Council-Netzwerkes ECN
http://de.wikipedia.org/wiki/Demokratie#Demokratieformen	Wikipedia Eintrag zu Demokratieformen
http://www.wege-aus-der-krise.at/downloads.html	Zivilgesellschaftliches Zukunftsbudget der Allianz „Wege aus der Krise“